



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 11. Juni 2020
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t (n e u)

über die 85. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 10. Juni 2020, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung und der Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Verhältnismäßigkeit der Aufbewahrungsfrist für persönliche Daten i.S. § 4 Abs. 2 S. 1 der „Landesverordnung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 vom 05.06.2020“**

Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)

[Umdruck 19/4151](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Sozialministeriums und der Landesbeauftragten für den Datenschutz entgegen; eine Diskussion schloss sich an.

2. **Bericht der Landesregierung zu den Hintergründen der Inhaftierung und zwischenzeitlichen Freilassung des Hauptverdächtigen im „Fall Maddie“ im Jahr 2018**

Antrag der Abg. Tim Brockmann (CDU), Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jan Marcus Rossa (FDP)

[Umdruck 19/4148](#)

Justizminister und Staatsanwaltschaft Flensburg berichteten. Eine Aussprache schloss sich an.

3. **Bericht zur Personalsituation im Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) in Neumünster**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1781](#)

Das Innenministerium berichtete zum Fortschritt in den letzten Monaten. Eine kurze Diskussion schloss sich an.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Gesetzesentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1966](#)

Nachdem das Innenministerium eine Frage zu der Vorlage beantwortet hatte, schloss der Ausschuss die Beratung des Gesetzesentwurfs ab und empfahl dem Landtag einstimmig dessen unveränderte Annahme.

5. Schleswig-Holsteinischer Landespreis für Baukultur und Innovationen im Wohnungs- und Städtebau

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/987](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes - Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1533](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1617](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Gesetzentwürfe ab. Gegen die Stimmen der SPD empfahl er dem Landtag den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1533, zur Ablehnung. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD empfahl er den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, Drucksache 19/1617, dem Landtag zur Annahme.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Haushaltswirtschaft der Kommunen (Kommunalhaushalte-Harmonisierungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1779](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4146](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/4163](#)

Nach einer Aussprache schloss der Ausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Gegen die Stimmen der SPD lehnte er den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Umdruck 19/4163, ab. Den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Umdruck 19/4146, nahm er einstimmig an. Den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/1779, empfahl er dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Finanzausschusses bei Enthaltung der SPD einstimmig zur Annahme.

8. Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/980](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4116](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Nachdem der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Umdruck 19/4116, einstimmig angenommen hatte, empfahl er dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/980, in so geänderter Fassung einstimmig zur Annahme.

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein - Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit unter Einschluss der Anforderungen an die organisatorische Struktur und Kompetenzausübung der Europäischen Union -**
Gesetzentwurf der AfD
[Drucksache 19/1867](#)

Der Ausschuss wiederholte einstimmig seine Bitte an den mitberatenden Europaausschuss, eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen.

10. **Solidarität mit den kurdischen Minderheiten**
Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1981](#)

Der Ausschuss kam überein, den Antrag mit Vertretern des Innenministeriums (Verfassungsschutzabteilung) in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

11. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1952](#)

Der Ausschuss kam einstimmig überein, eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen. Der Geschäftsführer bittet um Anzeige der Anzuhörenden bis Freitag, 19. Juni 2020.

12. **Terminplanung 2. Halbjahr 2020**

Der Ausschuss beschloss über den Terminplan für das 2. Halbjahr 2020 mit Änderungen. Die für den 16. September 2020 vorgesehene Sitzung entfällt.

13. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 der Landesverfassung betr. Rücktritt von Innenminister Grote, hier: Beschluss über die Vertraulichkeit der vorgelegten Akten gemäß Nummer 7 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung vom 18. Dezember 1992**

Der Ausschuss beschloss, die im Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 9. Juni 2020 bezeichneten Aktenteile vertraulich zu behandeln und ihren Inhalt geheim zu halten. Er richtete die Bitte an die Landesregierung, die im Schreiben genannten Aktenbestandteile, die bereits nach Auffassung der Landesregierung nicht vorlagepflichtig seien, auszuheften und aus der Aktenvorlage zu entfernen. Des Weiteren richtete er die Bitte an die Landesregierung, die Akten für vier Wochen zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

14. **Verschiedenes**

Die Vorsitzende wies auf den Verhandlungstermin vor dem Landesverfassungsgericht im Verfahren der Stadt Fehmarn gegen das Land Schleswig-Holstein am 15. Juni 2020 hin.

15. Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Badewesen und zur Anpassung weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2244

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich im Wege der Selbstbefassung mit dem Gesetzentwurf befasst. Der Antrag der Fraktion der SPD, eine mündliche Anhörung durchzuführen und dem Landtag zum August-Plenum eine Beschlussempfehlung vorzulegen, wurde gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Der Ausschuss nahm sodann mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW in Aussicht, den Gesetzentwurf in einer Sondersitzung am Rande des Juni-Plenums mit den kommunalen Landesverbänden zu beraten, um dem Landtag sogleich eine Beschlussempfehlung zukommen zu lassen und eine 2. Lesung im Juni-Plenum zu ermöglichen.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka